



# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

## Niederschrift

über die 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 26.01.2017 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier  
Frau Carola Hartfelder  
Herr Lutz Lehmann  
Herr Lars Wendlandt  
Frau Mandy Werner

#### Sachkundige Einwohner

Frau Marita Marufke  
Frau Nicole Moskal bis 18.30 Uhr

#### Verwaltung

Herr Dornquast	Dezernent u. Leiter Amt f. Bildung u, Kultur
Herr Ferdinand	Kämmerer
Herr Kürschner	Schulrat, Staatliches Schulamt
Herr Janusch	Leiter OSZ
Herr Szmala	Leiter Gymnasium Rangsdorf
Herr Jurtzik	Leiter A 63
Frau Leistner	Leiterin 10
Frau Dr. Mohr de Pérez	SGLn Denkmalschutz
Frau Piechatzeck	SGLn Haushalt
Herr Fröhlich	SGL Schulverwaltung
Herr Bednarczyk	Volkshochschule
Frau Kaminski	Fachkoordinatorin Sportmanagement
Frau Hermann	Leiterin Kreismedienzentrum
Herr Hüttner	Leiter Kreismusikschule
Frau Wünsche	Sachbearbeiterin Kultur

## Entschuldigt fehlten:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Silvana Gericke  
Herr Andreas Noack  
Frau Gabriele Schröder

### **Sachkundige Einwohner**

Frau Ursula Biesecke  
Frau Ulrike Schwenter

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

## Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.11.2016
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Information "Grundbildung Plus" am OSZ
- 7 Zwischenstand Schulentwicklungsplanung
- 8 Beschlussvorlagen
- 8.1 Haushaltssatzung 2017\* 5-3006/16-I  
Änderungsantrag der Fraktion BVB FREIE WÄHLER zum 5-3057/17-KT/1
- 8.1.1 Haushaltsplan 2017
- 8.2 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2017 5-3007/16-I/1
- 8.3 Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS 5-3038/16-II  
Potsdam für das Jahr 2017
- 9 Informationsvorlagen
- 9.1 Information zum Planungsstand zum Erweiterungsbau Gymnasium 5-2988/16-I  
Rangsdorf

### **Öffentlicher Teil**

#### TOP 1

#### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

Frau von Schrötter begrüßt die Anwesenden zur 15. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung fest. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

## **9TOP 2**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.11.2016**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt somit als angenommen.

## **TOP 3**

### **Einwohnerfragestunde**

Frau Hiltrud Preuß, wohnhaft in Zossen, Johnepark 34 stellt sich vor als Mutter eines Kindes der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Dabendorf. Ihr ist bekannt, dass dieser Ausschuss für ihr Anliegen nicht zuständig ist, möchte ihn aber informieren. Als Elternvertreterin teilt sie mit, dass die Eltern hinsichtlich des Zustandes dieser Schule ziemlich verzweifelt sind. Sie berichtet, ein Containerteil musste wegen Geruchsbelästigung aufgrund einer verwesenen Katze gesperrt werden. Daher ist Unterricht ausgefallen. Bei einer Schulbesichtigung wurde ein erheblicher Investitionsstau bzw. Investitionsbedarf festgestellt, was Auswirkungen auf die Lernmöglichkeiten und Lernfähigkeiten der Schülerinnen und Schüler hat. Sie bedauert die Nichtanwesenheit von Herrn Andreas Noack, der Stadtverordneter und Mitglied des Bildungsausschusses der Stadt Zossen ist.

Herr Kürschner, verantwortlicher Schulrat für die weiterführenden Schulen des Landkreises Teltow-Fläming berichtet, dass aufgrund einer starken Geruchsbelästigung in dem Containerteil eine Begehung mit dem Bauamt der Stadt Zossen und dem Gesundheitsamt durchgeführt wurde. Daraufhin wurde der Container geschlossen und es wurden Bauarbeiten durchgeführt. Seit der 3. KW sind alle Räume der Schule wieder verfügbar. Weiter führt er aus, das Ministerium wurde von ihm in Kenntnis gesetzt. Die Geruchsbelästigung wurde behoben, die langfristige Planung in Bezug auf den Neubau liegt beim Schulträger.

Frau Preuß berichtet von Schimmelbefall an den Wänden des Chemieraumes. Sie vermutet, dass es der echte Hausschwamm ist. Sie bezweifelt, dass Unterricht in einem Raum stattfinden kann, in dem Schimmelpilze vorhanden sind.

Herr Kürschner empfiehlt eine schriftliche Mitteilung an den Schulträger, um die entsprechenden Verantwortlichen auf das Problem aufmerksam zu machen. Sollte der Schulträger nicht handeln, wird sich das Staatliche Schulamt über das Ministerium einschalten.

Frau Preuß erklärt, dem Schulträger ist dieser Zustand seit Mai 2016 bekannt. Ein Protokoll des Gesundheitsamtes liegt vor.

Herr Kürschner bittet um schriftliche Mitteilung.

## **TOP 4**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Thier bittet, dass dieser Ausschuss über das weitere Verfahren hinsichtlich der Gesamtschule Dabendorf durch das Staatliche Schulamt informiert wird. Als verantwortungsbewusstes Ausschussmitglied interessiert ihn wie in Zossen mit diesem Thema umgegangen wird, auch wenn der Landkreis nicht direkt betroffen ist, da er nicht der Schulträger ist.

## **TOP 5**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Dornquast teilt mit, dass die Kreisverwaltung einen Antrag zur Teilnahme am Projekt „Bildungskoordinator für Neuzugewanderte“ gestellt hat. Zwischenzeitlich wurde der Zuschlag erteilt und die entsprechende Personalausreibung durchgeführt. Ab dem 01.02.2017 wird ein neuer Kollege, Herr Dr. Weißbach, im Haus begrüßt, der dieses Thema mit den freien Trägern über die verschiedensten Netzwerke für die nächsten zwei Jahre koordinieren soll.

Herr Dornquast sagt zu, in einem der nächsten Ausschüsse über die Arbeitsschwerpunkte zu informieren.

## **TOP 6**

### **Information "Grundbildung Plus" am OSZ**

Herr Kürschner, Schulrat, informiert, dass die jetzigen Klassen der Berufsfachschulgrundbildung Plus(BFS-G-Plus) seit ca. fünf Monaten am Netz sind. Die gesetzliche Legitimation ergeht aus der Berufsgrundbildungsverordnung für alle deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler, die kein Lehrverhältnis haben. Dieser Lehrgang wurde zu Beginn des Schuljahres für die Dauer von zwei Jahren gegründet. Die Voraussetzung zur Teilnahme ist, dass die Jugendlichen zum 01.08. des jeweiligen Jahres das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Es handelt sich zum Teil um Schülerinnen und Schüler, die vorher Oberschulen besuchten und mit 17 Jahren nicht in die Jahrgangsstufe 10 aufgrund der Sprachkenntnisse oder aufgrund der kurzen Verweildauer in den Schulen versetzt werden konnten. Sie können nicht in eine 10. Klasse eingestuft werden, weil im Land Brandenburg beim Übergang von der 9. zur 10. Klasse der 1. Schulabschluss stattfindet. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler erwerben die Berufsbildungsreife und aufgrund der Gleichstellung zu deutschsprachigen Schülerinnen und Schülern können sie nicht in die Jahrgangsstufe 10 versetzt werden. Geprüft wird die individuelle Entwicklung der Schülerin/des Schülers. Es ist noch nicht absehbar, wie viele Schülerinnen und Schüler diese zwei Jahre am OSZ zu Ende führen können. Das Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler in eine berufliche Ausbildung zu vermitteln bzw. ausbildungsfähig zu machen. Er führt aus, zurzeit werden 91 Schülerinnen und Schüler an beiden Standorten am OSZ TF in vier Klassen unterrichtet. Der Antrag auf eine 5. Klasse wurde durch das Staatliche Schulamt genehmigt. Beim Übergang von der Schule in den Beruf ist die Agentur für Arbeit ein Partner. Er verweist auf die Jugendberufsagentur im Landkreis TF, die als Teil der Arbeitsagentur im selben Gebäude untergebracht ist. Dort sind neben den Berufsberatern und Vertretern der Agentur für Arbeit das Sozialamt, das Jugendamt und andere Kooperationspartner vorhanden. Herr Kürschner macht darauf aufmerksam, dass am 30.03.2017 durch das Staatliche Schulamt Brandenburg für die Landkreise PM, TF und die Städte Brandenburg und Potsdam an der Oberschule in Ludwigfelde ein Fachtag „Migration“ durchgeführt wird, zu dem alle an diesem Thema Interessierten eingeladen sind, Dazu wurden im Vorfeld die Jugendamtsleiter und Dezernenten der Landkreise angeschrieben, um Probleme zuzuarbeiten. Es wird einen Austausch zur besseren Koordination der Arbeit mit nicht deutschsprachigen Jugendlichen im Alter von Kl. 7 – 13 geben.

Der Leiter des OSZ, Herr Janusch berichtet, bei den jetzigen Schülerinnen und Schülern an beiden Standorten gibt es 17 Nationalitäten vom Analphabeten bis zu Schülerinnen und Schülern mit Englisch- und Französischkenntnissen, was eine große Herausforderung darstellt. Da die Verordnung BFS-G-Plus sehr schnell erlassen wurde, musste festgestellt werden, dass es so nicht funktioniert. Problematisch war, alles zu ändern. Am OSZ wurden im vergangenen Jahr zehn neue Lehrer eingestellt. Herr Janusch berichtet vom

komplizierten Schulalltag sowie durchgeführten Projekten. Er erklärt, die Motivation der Jugendlichen hängt auch davon ab, wo sie untergebracht und betreut werden. Er hebt die gute Arbeit der Jugendtischlerei in Ludwigsfelde hervor. Probleme sieht er in der Mentalität der Jugendlichen, auch ist es sehr schwer Mitarbeiter zu finden, die bereit sind in diesem Bereich zu arbeiten und die dafür auch eine Grundausbildung haben.

Herr Janusch lädt zum „Tag der offenen Tür“ an den Standorten Luckenwalde und Ludwigsfelde ein. Dort werden Lehrer und Schüler Auskunft über die Ausbildungsinhalte geben.

Frau von Schrötter weist darauf hin, dass es im Jugendhilfebereich eine sehr gute Personalausstattung gibt. In der von ihr geleiteten Einrichtung sind Pädagogen rund um die Uhr vor Ort. Auch gibt es viele ehrenamtliche Unterstützer.

Frau Marufke fragt, warum die Fluktuation von Referendaren im Land Brandenburg so hoch ist.

Herr Kürschner berichtet, es ist schwer, die ausgebildeten Referendare im Land Brandenburg zu halten, da sie in anderen Bundesländern zu anderen Konditionen eingestellt werden. Darauf wird reagiert, indem die Ausbildungszeit im Referendariat verkürzt werden soll.

## **TOP 7**

### **Zwischenstand Schulentwicklungsplanung**

Herr Dornquast führt aus, die Zeitplanung für die Schulentwicklungsplanung wurde vorgestellt. Die heutige Sitzung soll zur Information über den Arbeitsstand genutzt werden. Er verweist auf die vorliegende aktuelle Arbeitsfassung des schulrechtlichen Teils. Die dort eingearbeiteten Zahlen werden fortgeschrieben. In der 3. KW fand eine erste Abstimmungsrunde mit Schulräten des Staatlichen Schulamtes statt. Er berichtet vom weiteren zeitlichen Ablauf. Er erklärt, eine wichtige Rolle in der Schulentwicklungsplanung nehmen die Mittelzentren ein. Im März erfolgt die Benehmensherstellung mit allen Schulträgerkommunen. Im Zeitraum März/April werden alle Schulkonferenzen im Landkreis beteiligt, die die aktuellen Entwurfsstände immer zur Kenntnis erhalten. Im Zeitraum April/Mai erfolgt die Beteiligung des Kreisschulbeirates. Herr Dornquast sagt zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 30. März .2017 über den dann aktuellen Zwischenstand zu informieren. Abschließend erklärt er, zum 01. Juni 2017 wird die redaktionell überarbeitete abgeschlossene Fassung des Schulentwicklungsplanes vorliegen.

Frau Hartfelder lobt die strukturelle Vorarbeit. Sie fragt, ob eine Planung zum Ü11-Verfahren möglich ist und wie weiter mit der FS „Lernen“ Jüterbog verfahren wird.

Herr Dornquast antwortet, es ist problematisch, dass sich von Jahr zu Jahr ändernde Anwahlverhalten der Schülerinnen und Schüler nach der 10. Klasse einzuschätzen. Die Verwaltung kann nur aufgrund von Zahlen aus den letzten Jahren eine prozentuale Schätzung vornehmen.

Herr Kürschner ergänzt, die Schülerinnen und Schüler können sich in den Klassen 7 und 11 landesweit anmelden. Problematisch beim Ü11-Verfahren ist, dass die Schülerinnen und Schüler erst nach dem Abschluss der 10. Klasse über den entsprechenden Abschluss verfügen, d. h. es gibt eine Voranmeldung in Abhängigkeit des Abschlusses. Die Schülerströme hängen sehr von den Angeboten der Schulen ab. Zu diesem Thema verweist er auf den Leiter des Gymnasiums Rangsdorf, Herrn Szmala.

Nach Abstimmung der Ausschussmitglieder erteilt Frau von Schrötter Herrn Szmala das Rederecht.

Herr Szmala erläutert, der Wechsel an die freien Schulen in die 11./12. Klasse erfolgt in der Regel in Rangsdorf von der Oberschule aus. Es handelt sich um Schülerinnen und Schüler, die an der Oberschule nicht den Abschluss geschafft haben und dann direkt an die Gesamtschule oder ans OSZ wechseln könnten. Die freien Schulen bieten die Möglichkeit, die

10. Klasse noch einmal zu wiederholen. Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums Rangsdorf wechseln nach der 10. Klasse nicht in die Seeschule Rangsdorf. Einige Schülerinnen und Schüler wechseln nach Berlin, weil dort die Bestimmungen leichter sind. Die gymnasiale Oberstufenverordnung wird aber in zwei Jahren an Berlin angeglichen, sodass diese „Wanderung“ entfällt.

Herr Dornquast beantwortet die Frage zur Situation der FS „Lernen“ Jüterbog. Er berichtet, zurzeit gibt es fünf Klassen mit 67 Schülerinnen und Schülern. Zu Beginn des nächsten Schuljahres wird sich die Anzahl der Klassen auf vier mit ca. 50 Schülerinnen und Schülern reduzieren. Im darauffolgenden Schuljahr ist der Landkreis als Schulträger verpflichtet, über den Kreistag einen politischen Beschluss zur Schließung herbeizuführen, da dann keine drei auflaufenden Klassen mehr vorhanden sind. Ursächlich dafür ist die bessere Versorgung der Grundschulen mit Sonderpädagogen. Die Eltern tendieren nach den Empfehlungen des sonderpädagogischen Feststellungsverfahrens dazu, ihre Kinder an den wohnortnahen Grundschulen zu belassen. Er berichtet, extrem ist diese Entwicklung im Bereich Jüterbog ausgeprägt.

Frau Marufke meint, es ist sehr wichtig, diese Schule in Jüterbog zu erhalten. Ihr ist eine Klasse in Jüterbog mit 28 Schülerinnen und Schülern bekannt, von denen vier mit einem Lehrplan der allgemeinen Förderschule ausgestattet sind. Das heißt, diese Kinder werden gefördert. Sie erinnert aber an die leistungsstarken Kinder, für deren Förderung die Zeit fehlt. Auch weist sie noch einmal auf die vielen Kinder mit sozial-emotionalen Störungen hin.

Herr Dornquast erklärt, dass für den Schulträger die Vorgaben des Schulgesetzes maßgeblich sind. Die Bildung der Klassen, besonders an Förderschulen, wo es das Elternwahlrecht gibt, kann nicht beeinflusst werden. Die Klassenbildung und die Bereitstellung der Lehrkräfte ist Landesangelegenheit, somit des Staatlichen Schulamtes.

Frau Hartfelder bittet Herrn Kürschner mitzunehmen, dass eine Evaluation der Förderschulverfahren erfolgen sollte. Sie meint die Eltern haben nicht die Erfahrung, wo ihre Kinder besser betreut sind. Durch die Elternwahl finden Verschiebungen statt, die nicht immer für die Kinder förderlich sind. Auch sollte über die Wertung der Abschlüsse an der Förderschule nachgedacht werden. Sie persönlich hält die aktuelle Situation für eine Fehlentwicklung.

Herr Kürschner sagt zu, diese Dinge in die Dienstberatung mitzunehmen. Ebenfalls wird er das Problem mit der Förderschule Jüterbog an die zuständige Schulrätin, Frau Spikermann, weitergeben.

Herr Thier bezieht auf die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf die Grundschulen des Landkreises. Besonders bei den drei Grundschulen in Luckenwalde, den beiden in Ludwigsfelde und Blankenfelde kann er dabei große Unterschiede entdecken. Er fragt, ob es dem Staatlichen Schulamt möglich ist, darauf Einfluss zu nehmen,

Herr Kürschner erklärt, die Zuweisung der Schülerinnen und Schüler zu Schulen ist wohnortabhängig. Über die Bildung von Willkommensklassen ist das Staatliche Schulamt im

Einvernehmen mit den Schulen in Verbindung. Aufgrund der Übergangswohneinrichtungen im Bereich Blankenfelde haben dort die Schulen auch einen übermäßigen prozentualen Anteil zu anderen Schulen.

Frau von Schrötter fragt wie die geplanten Schulneubauten in Dabendorf sowie in Teltow bei der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

Herr Dornquast erklärt, in Bezug auf die Gesamtschule Dabendorf wird sich der Landkreis auf die Entwicklung der Schülerzahlen konzentrieren und aufgrund des Anwahlverhaltens der letzten Jahre im Ü7- und Ü11-Verfahren die Entwicklung feststellen. Für die Bereitstellung der entsprechenden Kapazitäten ist der Schulträger zuständig. Mitte März erfolgt die Benehmensherstellung mit den Schulträgern, somit auch der Stadt Zossen. Er sagt zu, im nächsten Ausschuss darüber zu informieren. Weiter führt er aus, es wird mit der Gesamtschule Zossen und dem geplanten Gymnasium in Schönefeld durch den Landkreis Dahme-Spreewald Veränderungen in der Pendlerbewegung geben. Bei der Schulentwicklungsplanung erfolgt zurzeit die Analyse und Einarbeitung der Zahlen. Diese werden bis zur Endfassung mit den Nachbarlandkreisen abgeglichen werden.

Frau von Schrötter dankt Herrn Kürschner und beendet den TOP.

## **TOP 8** **Beschlussvorlagen**

### **TOP 8.1** **Haushaltssatzung 2017\* (5-3006/16-I)**

Herr Ferdinand führt aus, dass er als Kämmerer in den Ausschüssen den Gesamthaushalt vorstellt. Von Vertretern der jeweiligen Fachämter werden die Einzelbudgets vorgestellt. Er schätzt das Jahr 2017 als bemerkenswert ein. Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) erläutert er, dass es für das Jahr 2017 kein Haushaltssicherungskonzept mehr gibt, der Landkreis sich aber aufgrund der noch abzuzahlenden Altschulden noch in der HH-Konsolidierung befindet. Es können anders als in vorhergehenden Jahren umfangreiche Investitionen durch das Kommunale Investitionsförderungsgesetz begonnen werden. Weiter erläutert er Form und Inhalt des Haushaltes 2017, den Ergebnishaushalt – Erträge und deren Entwicklung zur Mittelfristplanung, den Ergebnishaushalt – Aufwendungen und deren Entwicklung zur Mittelfristplanung sowie den Ergebnishaushalt in den Folgejahren.

Zum Stellenplan vs. operativen Aufwand berichtet er, dass es deutliche Steigerungen im Gesamtaufwand gibt, gegen die die Steigerungen beim Personal sich als relativ erträglich darstellen. In der Darstellung ist zu erkennen, dass der Personalbestand im Jahr 2010/11 ungefähr dem im Jahr 2020 entspricht, der Gesamtaufwand aber um 50 % steigt. Somit findet eine deutliche Produktivitätssteigerung statt.

Herr Ferdinand erörtert die finale Investitionsplanung sowie die Risiken für das Jahr 2017. Er führt aus, der Landkreis hat die Erträge durchaus ambitioniert geplant, daher bittet er den politischen Raum um Verständnis, wenn nicht jede Nebenbedingung eintreten sollte. Abschließend teilt er mit, dass der Landkreis aufgrund der guten Konjunktur ca. 1,5 Mill. € mehr an Zuwendungen erhält.

Frau von Schrötter dankt für den Überblick. Sie weist auf die Entwicklung der Aufwendungen gegenüber der Entwicklung des Personals hin. Sie versteht, dass die Verwaltung ihre Produktivität unter Beweis stellt, diese Entwicklung aber auch einen Nebeneffekt hat. Ihrer Meinung nach spiegelt sich diese Mehrbelastung im hohen Krankenstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wider. Sie findet es schade, dass solche Nebenwirkungen

wenig Beachtung finden. Sie weist auf die negativen Begleiterscheinungen der Reduzierung des Stellenplans hin.

Herr Ferdinand stimmt zu, dass in der Haushaltssicherung der Stellenplan der eigentliche Konsolidierungsbeitrag war. Er weist aber auf andere Meinungen, z. B. der Bürgermeister hin, dass sich der Landkreis durch die Kreisumlage zu Lasten der Gemeinden saniert und deswegen einen anderen Personalschlüssel aufweist als die Gemeinden ihn sich leisten können. Er begrüßt es, dass der politische Raum die beiden Welten repräsentiert und dafür streitet, dass eine Kreisverwaltung zur Aufgabenerfüllung gut ausgestattet sein muss.

Frau von Schrötter weist darauf hin, dass der Landkreis auch für die Gemeinden Leistungen erbringt.

Herr Thier begrüßt außerordentlich die geplanten Investitionen in die Bildungseinrichtungen des Landkreises in diesem Jahr und auch ff. Er möchte über die besonders hohen Aufwendungen beim Friedrich-Gymnasium Luckenwalde und der Kreismusikschule informiert werden.

Herr Dornquast erläutert, die Rahmenbedingungen für die bauliche Unterhaltung können nur in den Aufwandskonten abgebildet werden. An einigen Schulen wurde in der Nachwendzeit sehr viel investiert, dadurch ist jetzt Sanierungsbedarf entstanden. Er erinnert daran, dass in der vorjährigen HH-Diskussionen vom Fachamt und Bauamt mitgeteilt wurde, dass die Mittel für die laufende Bauunterhaltung solch großer Objekte wie Schulen bei Weitem zur Substanzerhaltung nicht ausreichend sind. Es werden Maßnahmen begonnen, um Folgeschäden zu vermeiden. Die Bauunterhaltung ist zurzeit die größte Herausforderung. Er begrüßt es, dass in den nächsten Jahren über die Investitionsmittel 7,5 Mill. € für die Schulen bereitgestellt werden.

Frau Piechatzeck erklärt die Ansätze, die auf S. 99 des Haushaltsplanentwurfes 2017 beigefügt sind. Sie führt aus, die Ansätze 2016 für die bauliche Unterhaltung wurden nach dem Gesamtvolumen der Gebäude verteilt. Das Amt für Bildung und Kultur sowie das Bauamt haben sich darauf verständigt am Anfang des Jahres festzulegen, welche Maßnahmen der baulichen Unterhaltung durchgeführt werden.

Frau von Schrötter dankt Herrn Ferdinand und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag **einstimmig**, die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2017 zu beschließen.

### **TOP 8.1.1**

#### **Änderungsantrag der Fraktion BVB FREIE WÄHLER zum Haushaltsplan 2017 (5-3057/17-KT/1 )**

Frau von Schrötter erläutert, der Inhalt des Antrages ist bekannt. Das Verlagern von Stellen von einem Amt ins andere Amt ist nicht möglich. Die Stellen im Jugendförderplan werden nicht aus dem Stellenhaushalt des Landkreises finanziert.

Frau von Schrötter bittet um Abstimmung.

**Nein-Stimmen: 6 (einstimmig)**

Somit wird eine Ablehnung des Antrages empfohlen.

## **TOP 8.2**

### **Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2017 ( 5-3007/16-I/1 )**

Frau von Schrötter stellt keine Nachfragen fest.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2017 zu beschließen.

**Ja-Stimmen: 6 (einstimmig)**

## **TOP 8.3**

### **Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für das Jahr 2017 ( 5-3038/16-II )**

Frau Hartfelder stellt fest, dass gerade im Bereich Bildung, Jugend und Sport viele originäre Einrichtungen des Landkreises über diese Projekte mit unterstützt werden und somit den Kreishaushalt ergänzen.

Sie erhält von Frau Wünsche Auskunft, welche Förderquellen das theater 89, bei dem es sich um Berliner Einrichtung handelt, noch nutzt.

Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Vergabe von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) in Potsdam für das Jahr 2017 für in der Anlage aufgeführte Projekte zu beschließen.

**Ja-Stimmen: 6 (einstimmig)**

## **TOP 9**

### **Informationsvorlagen**

#### **TOP 9.1**

##### **Information zum Planungsstand zum Erweiterungsbau Gymnasium Rangsdorf (5-2988/16-I )**

Frau Leistner, Leiterin des Hauptamtes und zuständig für den Baubereich führt aus, der Sachverhalt wurde in der Vorlage erläutert. Es werden zwei Entwürfe vorgestellt, wobei aus der durchgeführten Machbarkeitsstudie eine Vorzugsvariante herausgearbeitet wurde. Die Machbarkeitsstudie wurde mit der Schulleitung, dem Bauamt sowie der Schulverwaltung besprochen. Im Ergebnis hat sich das Konzept 1 als Vorzugsvariante herausgestellt. Bei dieser Variante würde der Schulhof nicht eingeengt. Auch weist diese Variante eine interessante Gestaltung auf und hat den Vorteil, dass das Foyer für außerschulische Veranstaltungen genutzt werden kann. Weiter berichtet sie, demnächst wird die Phase der HOAI 3 beauftragt. Mit dieser weiteren Entwicklung der Planung werden auch konkrete Kosten vorliegen. In der Phase 4, der Entwurfsplanung, wird der Kreistag eine Variante beschließen. Sie bittet den Ausschuss um Empfehlung einer Variante und weist auf den Differenzbetrag von 300.000 € zwischen beiden Varianten hin.

Frau Hartfelder meint, 300.000 € ist ein hoher Betrag, aber wenn es realisierbar ist, sollte eine Schule den Anspruch auf etwas Besonderes haben.

Herr Thier fragt, wie groß die Preisunterschiede bei konkreter Planung werden könnten.

Frau Leistner antwortet, es kommt auf die weitere Planung an sowie auf die Höhe der gesetzten Standards. Sie hält es für möglich, im vorgegebenen Kostenrahmen zu bleiben.

Herr Fröhlich erklärt, bei beiden Varianten variieren auch die m<sup>2</sup>-Zahlen. In der Vorzugsvariante ist z. B. das Erdgeschoss rund 150 m<sup>2</sup> größer. Daher hält er die Variante 1 für angemessen.

Der Leiter des Gymnasiums, Herr Szmala, berichtet, im Ergebnis einer Raumnutzungsplanung wurde festgestellt, dass 1.200 m<sup>2</sup> Raum, insbesondere für Aufenthaltsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler fehlen. Das Lehrerzimmer ist für 20 – 30 Kolleginnen und Kollegen ausgelegt, mittlerweile sind es 50. Abschließend erklärt er, die Schule ist musisch und künstlerisch ausgerichtet. Die besondere Gestaltung der Aula – wie im Konzept 1 - würde dem sehr entgegenkommen.

Frau von Schrötter stellt keine weiteren Fragen fest und bittet um eine Empfehlung.

Das Konzept 1 wird **einstimmig** empfohlen.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, den 09.02.2017

---

gez. Ria von Schrötter  
Die Vorsitzende

---

Heike Linke  
Protokollantin